

Keine Widerrede? Opposition und Deliberation in der überstaatlichen Politik

Deitelhoff, Nicole; Thiel, Thorsten

Preprint / Preprint

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Deitelhoff, N., & Thiel, T. (2014). Keine Widerrede? Opposition und Deliberation in der überstaatlichen Politik. In C. Landwehr, & R. Schmalz-Bruns (Hrsg.), *Deliberative Demokratie in der Diskussion: Herausforderungen, Bewährungsproben, Kritik* (S. 421-451). Baden-Baden: Nomos. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-56008-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Keine Widerrede? Opposition und Deliberation in der überstaatlichen Politik

Nicole Deitelhoff / Thorsten Thiel

Der Aufstieg deliberativer Demokratietheorien schien lange unaufhaltsam. Diese sind angetreten, die als unproduktiv empfundene Dichotomie von partizipatorischen und realistischen Demokratietheorien zu überwinden, und einen theoretischen Ort für neue Demokratiephänomene zu finden, wie den Aufstieg zivilgesellschaftlicher Akteure oder die Ausbreitung horizontaler Mechanismen der Entscheidungsfindung (z.B. „Runde Tische“ und Mediationsverfahren). Im akademischen Diskussionsprozess wurde dabei immer stärker herausgearbeitet, wie Deliberation zur Legitimation moderner Gesellschaften beiträgt und wie diese in die Form des demokratischen Rechtsstaat eingeschrieben ist (Habermas 1994). Deliberative Demokratietheorien wurden dabei über Zeit immer policyorientierter und etablierten sich auch jenseits der normativen Theorie als empirisch-analytisches Instrument sowie als integraler Bestandteil des Baukastens für Demokratiereformer (Bohman 1998, Elstub 2010).

Dieser Siegeszug hat wenig überraschend auf angrenzende Teildisziplinen übergegriffen, so auch auf die Internationalen Beziehungen. Waren diese lange von einem Politikverständnis dominiert, in dem Legitimationsfragen höchstens untergeordnete Bedeutung zukam, so gibt es mittlerweile eine Vielzahl an normativ-demokratiethoretischen Erörterungen, in denen deliberative Demokratietheorien besondere Prominenz erlangt haben. Deliberativen Demokratietheorien eilt der Ruf voraus, dass sie in besonderer Weise geeignet sind, auch im sektoral differenzierten und heterarchisch strukturierten Feld inter- und transnationaler Politik so adäquate wie eindeutige normative Legitimationskriterien ausweisen zu können.

Jedoch sind deliberative Demokratietheorien in den letzten Jahren zunehmend zum Gegenstand von Kritik geworden. Es wird bemängelt, dass sie nicht hinreichend sensibel für Machtungleichgewichte und Exklusionsmechanismen seien und nicht mit radikaler Differenz und nicht-kommunikativen Formen von Opposition und Widerstand umgehen könnten. Gerade vor dem Hintergrund des Anstiegs von Widerstand und Opposition gegen internationale Institutionen und Normen, wie er inzwischen vielfach beschrieben worden ist (Zürn et al. 2007; Zürn/Binder/Ecker-Ehrhardt 2012; Deitelhoff 2012; Statham 2010), ist diese Kritik bedenklich. Ihre Resonanz wird schließlich noch dadurch verstärkt, dass politische Systeme zwar vermehrt

deliberativdemokratisch inspirierte Instrumente einsetzen, die Wahrnehmung dieser Systeme als geschlossene, postdemokratische Systeme jedoch anhält. Die deliberativdemokratischen Elemente stehen daher – und dies nicht zu Unrecht – im Ruf, ein Feigenblatt zu sein, das hauptsächlich dem Versuch der Selbstlegitimation von Eliten dient. Ihre Wirkung sei eher das Ruhigstellen von Kritik als die Ermöglichung eines offenen Dialogs. Hat deliberative Demokratie angesichts der Kritik ‚ihre beste Zeit‘ also hinter sich? In diesem Aufsatz wollen wir untersuchen, welche Möglichkeiten deliberative Demokratietheorie für Widerrede zulässt und ob sie geeignet ist, die konfliktive Pluralität der postnationalen Konstellation zu erfassen.¹

In der Auseinandersetzung mit Kritiken deliberativer Demokratietheorie zeigen wir, dass diese zwar sehr wohl auch die Bedeutung von Widerstand und Opposition reflektieren kann, dass es aber notwendig ist, Deliberation und Dezision wieder stärker zu trennen und Deliberation als Entstehungszusammenhang politischer Öffentlichkeit zu rekonstruieren.

Dazu wollen wir im nächsten Abschnitt zunächst noch einmal den Aufstieg deliberativdemokratischer Erklärungsansätze im Feld der Internationalen Politik nachzeichnen. Deren Attraktivität beruht vor allem auf der Idee, dass sie das Repräsentationsdilemma überstaatlicher Politik auflösen und auch jenseits anspruchsvoller institutioneller Designs -- den sektoralen Governance-Formen entsprechend -- überstaatliche Politik legitimieren könnten (Abschnitt I). Wie der folgende Abschnitt verdeutlicht, ist diese Idee verstärkt in die Kritik geraten. Kritik setzt zunächst an den Realisierungschancen deliberativer Demokratiemodelle in der überstaatlichen Politik an, greift aber schließlich auch die normativen und institutionellen Prämissen deliberativer Demokratie selbst an. Insbesondere radikale Demokratietheoretiker unterstellen der deliberativen Demokratietheorie eine falsche Fixierung auf Übereinkunft und Konsens, die den „wahren“ Charakter des Politischen verkenne (Abschnitt II). Diese Kritik lässt sich, wie wir im abschließenden Abschnitt aufzeigen, insbesondere gegen die anwendungsbezogenen Modelle deliberativer Demokratie in Stellung bringen, die in den IB dominieren und in denen Deliberativität mit demokratischer Legitimität weitgehend in eins gesetzt wird. Im Rückgriff auf die Ausgangspostulate der deliberativen Demokratietheorie lässt sich aber eine Alternative rekonstruieren: In dieser ist Opposition und Widerstand zentral, da hierdurch die Entstehung lebendiger kommunikativer Öffentlichkeiten befördert und strukturelle Blockaden aufgedeckt werden können (Abschnitt III).

¹ Auch für das Feld der Politischen Theorie lassen sich aus dieser Debatte in den IB viele Rückschlüsse ziehen, denn: auf der Ebene internationaler Politik treten die Unterschiede zwischen verschiedenen demokratietheoretischen Konzeptionen mit besonderer Deutlichkeit hervor. Grund hierfür ist, dass in der überstaatlichen Dimension die konstruktiven Merkmale einer Theorie besonders wichtig sind, da kaum rekonstruktiv mit Blick auf ein vorhandenes Set komplexer Institutionalisierungen und in diesen eingeschriebener Werte rekuriert werden kann.

I. Konkurrenzlos gut und günstig? Deliberative Demokratie in der internationalen Politik

Das Feld internationaler Politik hat sich erst spät Fragen der normativen Rechtfertigung internationaler Regelsetzungs- und Rechtsdurchsetzungssysteme zugewendet – zumindest mit Bezug auf demokratische Legitimität (vgl. aber Kaiser 1971). Internationale und nationale Ebene galten als kategorial verschieden. Während letztere idealtypisch einen gemeinschaftlich geprägten Kontext hierarchischer Strukturierung darstellt, wurde erstere als anarchisch strukturiertes System atomistischer Akteure, der Staaten, begriffen. Entsprechend gering waren die Legitimationsanforderungen, die an die Ebene überstaatlicher Politik gerichtet wurden. Die Rechtfertigung internationaler Normen und Institutionen wurde im Großen und Ganzen in der durch sie gewährleisteten Friedensfähigkeit verortet. In einem anarchisch strukturierten System, in dem eine übergeordnete Autorität fehlt, die Konflikte zwischen den Staaten verbindlich regeln könnte, sollten internationale Normen und Institutionen allein jene Probleme bearbeiten, die durch Interdependenzen auftreten und somit verhindern, dass Staaten zum Mittel der Gewalt greifen. Internationale Normen und Institutionen resultieren in einem solchen System aus horizontaler Koordination, dem freiwilligen Konsens der beteiligten Staaten. Normatives Leitprinzip internationaler Politik war mithin die friedliche Koexistenz zwischen den Staaten, das prozedural durch Staatenkonsens komplementiert wurde. Dieses Leitprinzip blieb so lange unangefochten, wie sich die internationalen Normen und Institutionen auf Schnittstellenprobleme zwischen den Staaten beschränkten. Je mehr sie jedoch Probleme aufgreifen, die die innenstaatliche Politik betreffen oder direkte Effekte für nichtstaatliche Akteure haben, desto weniger greift das Prinzip friedlicher Koexistenz und desto fragwürdiger wird Staatenkonsens als alleiniges prozedurales Prinzip zur Legitimierung.

Die Globalisierung von Waren- Finanz und Kommunikationsverkehrsströmen und die Transnationalisierung von Problemlagen, die mit den 1980er Jahren nochmals erheblich an Fahrt gewannen (Zürn 2002: 238), haben die Gestalt internationaler Normen und Institutionen nachhaltig verändert. Sie haben nicht nur in ihrer Zahl zugenommen (Zürn et al. 2012), sondern greifen immer stärker in innerstaatliche Zusammenhänge ein und verpflichten auch nichtstaatliche Akteure. Auch die Prozeduren der Entscheidungsfindung haben sich deutlich gewandelt. Neben die klassischen zwischenstaatlichen Institutionen sind eine Reihe privater Regulierungsinstanzen, wie etwa Standardsetzungsagenturen (Mattli 2013), hybrider öffentlich-privat organisierter Institutionen, wie multistakeholder-Foren (Wolf 2010) informale Strukturen,

wie G8/20 und schließlich auch supranationale Institutionen getreten, die -- obwohl sie teils mit universellem Regulierungsanspruch auftreten -- nicht mehr durchgängig auf den Konsens der Staaten angewiesen sind. Die horizontale Koordination als klassische Legitimationsformel internationaler Politik, welche Staaten nur an solche Regeln band, denen sie explizit zugestimmt haben, wird somit zunehmend unterlaufen. Diese Entwicklung hin zur Ausbildung konkurrierender trans- und supranationaler Autoritäten ist im Europäischen Raum schon erheblich weiter vorangeschritten (Schakel/Hooghe/Marks 2013), doch auch auf der globalen Ebene lässt sich internationale Politik zunehmend als dichtes Mehrebenensystem institutionalisierter Über- und Unterordnungsverhältnisse beschreiben (Deitelhoff 2012; Donnelly 2009; Zürn et al. 2012).

Der kategoriale Unterschied zwischen innerstaatlicher und überstaatlicher Politik, zwischen Hierarchie und Anarchie, lässt sich unter diesen Umständen kaum noch aufrecht erhalten. Die fundamentalen und unmittelbaren Wirkungen von auf der überstaatlichen Ebene getroffenen politischen Entscheidungen setzt diese anders gearteten Legitimationsansprüchen und auch in der öffentlichen Wahrnehmung stark gesteigerten Legitimationsansprüchen aus (vgl. Nullmeier/Geis/Daase 2012). Die Frage der Legitimität internationaler Normen und Institutionen ist daher sowohl in der akademischen Diskussion als auch in öffentlichen Debatten äußerst prominent geworden. So zeigen die Arbeiten zur Politisierung internationaler Institutionen, dass diese in den letzten Jahren vermehrt Gegenstand transnationaler, öffentlicher Kontroversen und Skandalisierung geworden sind, die ihre mangelnde Legitimität thematisierten (Zürn et al. 2007; Zürn/Binder/Ecker-Ehrhardt 2012; Deitelhoff 2012).

Schon in den frühen Debatten zur Legitimität internationaler Institutionen schälte sich heraus, dass auch diese an der Metanorm der Moderne, der demokratischen Legitimität, zu messen sind. Erörterungen ‚dünner‘ Legitimationskriterien, wie Legalität oder Effektivität (im Sinne der Pareto-Optimalität der Politikergebnisse) verdeutlichten, dass diese zwar situativ angemessen sein können, aber spätestens dann nicht mehr hinreichen, wenn internationale Institutionen und Normen direkt in nationale Politik eingreifen und demokratische nationalstaatliche Entscheidungsstrukturen zu unterhöhlen beginnen (Schapf 1999).² Die an diese Problematisierung anschließenden Debatten um Modelle, wie das Feld internationaler Politik für eine demokratische Legitimation zu öffnen sei, orientierten sich zunächst stark am Modell nationalstaatlich organisierter Demokratie. In einer ersten Phase wurden liberal-repräsentative Konzepte importiert; klassische Mechanismen, wie Parlamentarisierung und Föderalisierung, in

² 'Dünnere' Legitimitätsstandards, die nahezu ausschließlich auf den Output internationaler Institutionen vertrauen wollten, wie sie etwa von Giandomenico Majone (1998) und Andrew Morvacsik (2002) für die Europäische Union vorgetragen wurden, konnten sich außerhalb eines engen Korridors der Europaforschung daher nicht durchsetzen.

die überstaatliche Politik zu übertragen versucht. Beispiele sind Versuche der Parlamentarisierung der Vereinten Nationen (Held 1991, 1995; vgl. Bienen et al. 1998) oder der Entwicklung eines alternativen, nach Interessengruppen strukturierten Parlaments (Kuper 2004). Ziel dieser kosmopolitischen Ansätze war es, die internationale Ordnung in eine globale Demokratie zu überführen. Förderalisierung und Subsidiarität sollten dabei die bekannten Risiken einer Zentralisierung dämpfen (Archibugi 1998). Die prinzipientreue Übertragung der im Staat erprobten Instrumente demokratischen Regierens konnte allerdings nur wenig überzeugen. Es fehlt in diesem Diskurs an Antworten auf die Frage, wie eine globale Repräsentation gerecht und effektiv zu organisieren sei (Dahl 1999; Andersen/Burns 1996, Müller 2008), ebenso wie an überzeugenden Erörterungen, wie strukturelle Widerstände überwunden und der politische Wille entstehen soll, einen so weitreichend Umbau der Machtstrukturen zu gestalten (Wolf 1999). Die in Reaktion auf das kosmopolitisch Projekt geforderte Rückbesinnung auf die Stärkung nationaler demokratischen Strukturen, wie sie insbesondere Dahl 1994 vertrat, ist aber angesichts fortschreitender Globalisierung kaum realistisch (vgl. Deitelhoff 2009: 192; Hurrell 2007: 292).³

In diesem Dilemma zwischen dem vermeintlich aussichtslosen Rückzug in den (demokratischen) Nationalstaat und der ebenso aussichtslosen Idee seiner Globalisierung, erscheinen deliberativdemokratische Ansätze besonders attraktiv, denn sie setzten sich sowohl von einem primär partizipatorischen und daher auf globaler Ebene unrealistischem Demokratieverständnis als auch von einem allein formalen, auf die Kontrolle und Begrenzung von Macht fokussierten liberalen Verständnis ab. Deliberative Demokratietheorien stellen dagegen ein flexibles Demokratiemodell vor, das in unterschiedlich strukturierte institutionelle Settings eingebettet werden kann und dass durch die Betonung der epistemischen Dimension von Demokratie auf eine Möglichkeit verweist, Gleichheit und Freiheit auch für komplexe Systeme und jenseits der Auszählung von Mehrheiten zu realisieren. Je nachdem in welchen Regulierungskontexten und mit Blick auf welche Funktionsbereiche sich die Erörterung aus deliberativdemokratischer Perspektive bezieht, schwanken Fokus und Schwerpunktsetzung allerdings. Wir wollen daher zunächst kurz die vier bedeutendsten Aufnahmen deliberativdemokratischer Ansätze vorstellen, wie sie sich im europapolitischen und im globalem Diskurs auffinden lassen. In der Europaforschung ist das Konzept der deliberativen Demokratietheorie dabei vor allem in zwei Kontexten aufgegriffen worden: in der Debatte um eine europäische Öffentlichkeit (a) und in der Debatte um neue Formen von Governance (b). Oberhalb der europäischen Ebene kommen

³ Eine Neuauflage hat diese Debatte jüngst durch die Auseinandersetzung von Wolfgang Streeck (2013) und Jürgen Habermas (2013) erfahren. Hintergrund der Aktualisierung ist die Eurokrise und die durch diese aufgeworfene Frage, ob es überhaupt zu einer Demokratisierung überstaatlicher Strukturen kommen kann. Während Streeck die demokratische Rhetorik des kosmopolitischen Projekts für gescheitert erklärt, verteidigt Habermas die Ansicht, dass ein Zurück nicht möglich sei, es vielmehr sehr radikaler Schritte bedürfe, um die problematische neoliberale Einseitigkeit des europäischen Integrationsprojekts zu beenden.

noch zwei weitere, wenngleich verwandte, Diskursstränge hinzu: die Debatte um die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure (c) und die Erörterung unterschiedlicher Handlungsmodi in multilateralen Verhandlungssystemen (d).

a) Deliberation und europäische Öffentlichkeit

Nicht direkt aus den IB hervorgehend, lässt sich die Debatte um die europäische Verfassung und die für eine solche notwendige Öffentlichkeit als vielleicht expliziteste Verhandlung der Übertragbarkeit nationalstaatlich geprägter Demokratievorstellungen in den überstaatlichen Raum lesen. Sie nimmt ihren Ausgang an der Kritik der Übertragung von Kompetenzen an die Europäische Union, so wie sie sich im dänischen Maastricht-Referendum und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts erstmals Ausdruck verschaffte. In diesen Ereignissen wurde die demokratische Legitimationsbedürftigkeit europäischer Politik sichtbar auf die Tagesordnung gehoben. Der sodann geäußerte Zweifel, dass der überstaatliche Raum überhaupt zu demokratisieren ist, so wie er insbesondere von Dieter Grimm (1995) und Peter Graf Kielmannsegg (2003) prominent vertreten wurde, wurde insbesondere von Jürgen Habermas (1999) durch das Argument zu kontern versucht, dass eine Verfassung einen Vorgriff auf die demokratische Ordnung bewirken könne. Der Vorgriff soll dabei die Integrationswirkung durch die rechtliche Festschreibung demokratischer Prozeduren bezeichnen, wodurch dem Problem des derzeit noch fehlenden *demos* beizukommen sei. Eine überstaatliche erst durch die Wirkungen eines voranschreitenden Verfassungsprozesses und die durch diesen initiierte öffentliche Selbstverständigung solle eine Aneignung des zunächst *top down* entworfenen Europaprojekts erlauben. In Bezug auf deliberative Demokratietheorie fällt in dieser Debatte vor allem auf, dass sie zwar als Anwendungsfall der deliberativen Demokratie in der Sekundärliteratur gelesen wird, deren konkrete Form allerdings unterspezifiziert bleibt. Vielmehr orientiert sich Habermas Argument für das Voranschreiten der europäischen Einigung stark rekonstruktiv an den Erfahrungen des politischen Integrationsprozesses in der Bundesrepublik. Anders als bei den im Folgenden betrachteten Diskursen steht daher auch seine in Faktizität und Geltung entwickelte Demokratietheorie im Mittelpunkt, in der Elemente rechtlicher Integration und das komplexe Verhältnis von starken und schwachen Öffentlichkeiten weit wichtiger sind als deliberativ-partizipative Instrumente in einem engeren Sinn. Hauptintegrationsmotor ist das Recht und inwiefern Habermas dem eigenen Anspruch gerecht wird, dass dieses durch die kommunikative Rationalität öffentlicher Diskussion gedeckt ist, sei dahingestellt (die Debatte zusammenfassend: Thiel 2008).⁴

⁴ So ist fraglich, ob er unter dem Banner des Vorgriffs nicht letztlich ein Argument konstruiert, um bei der Wahl zwischen den zwei Übeln - der Entkernung nationaler Demokratien durch mangelnde Effizienz und übermächtige

b) *Deliberation und Governance*

Wurde diese Debatte in den IB insgesamt eher aus der Ferne verfolgt, ist die Hauptanwendung deliberativer Theorien im Feld der Europaforschung und der IB das Zusammendenken von Governance-Mechanismen und deliberativer Legitimität (vgl. etwa die Arbeiten von Zürn 1998 und 2000 zum komplexen Weltregieren oder von Buchanan/Keohane 2006). Hintergrund hier ist die Annahme, dass sich die Art des Regierens mit Blick auf Akteurstypen und deren Zusammenwirken, d.h. die Art und Weise, wie Steuerung verwirklicht wird, nachhaltig verändert. Hierarchische Steuerungskonzepte verlieren an Bedeutung, horizontale Konzepte werden als einzig adäquate und sich ohnehin nach und nach durchsetzende Weise des Regierens propagiert. Zwar versteht sich der Governance-Ansatz als zunächst rein deskriptiv, doch kann der neutral-analytische Gestus schon angesichts der positiv konnotierten und demokratietheoretisch aufgeladenen Begrifflichkeiten – z.B. Polyzentralität, Horizontalität, Freiwilligkeit und Effizienz – nicht lange durchgehalten werden.

Nicht zufällig korrespondiert der *governance turn* daher mit einem *deliberative turn* (Neyer 2006). Governance-Perspektive und deliberative Demokratietheorie teilen in dieser Sichtweise die Annahme, dass eine heterarchische, von funktionalen Differenzierungen und weltanschaulicher Pluralität geprägte Ordnung Ausgangspunkt internationalen Regierens ist. Der Fokus liegt daher auf einem politischen Prozess, in dem Heterogenität durch Aushandlungs- und Einbeziehungsmomente bearbeitet, nicht aber aufgehoben wird. Anders als in klassischen Demokratiekonzeptionen entsteht Legitimität nicht durch das Angleichen politischer Entscheidungen an die eine öffentliche Meinung, sondern durch das Finden guter, alle berücksichtigenden Positionen in einem umfangreichen, der politischen Entscheidung vorgelagerten und möglichst wenig verzerrten deliberativen Prozess (Eriksen/Fossum 2000b: 18). Mit Blick auf konkrete Mechanismen, in denen ein solcher Deliberationsprozess auszugestalten versucht wird, sticht (neben der im nächsten Absatz auf globaler Ebene behandelten Einbindung der Zivilgesellschaft) insbesondere der Versuch heraus, das Wirken der Europäischen Kommission mit deliberativdemokratischem Vokabular zu erörtern. Komitologie und supranationale Kontrollinstanzen werden als förderlich für demokratische Legitimation begriffen, da sie eine bessere Berücksichtigung breiter Interessen erlauben, der Dominanz von Spezialinteressen entgegen wirken und die Begründungspflichten im Politikprozess erhöhen. Dies gelingt aber nur dann, wenn das Wirken der Kommission auf die Rationalität des Deliberationsprozesses ausgelegt ist und daher im Sinne der Neutralität von populärer

supranationale Strukturen vs. eine (angenommen) zeitlich begrenzte Phase, in der das Recht sich zwar vom Bürger als Autor entfernt, letztlich aber in dessen Sinne vergeben wird – ohne größere Deckung durch empirische Argumente einfach die zweite Option wählen zu können.

Repräsentation immunisiert wird. Eine stärkere Politisierung der Kommission durch das Aufwerten repräsentativ- oder direktdemokratischer Elemente steht daher nach diesem Verständnis einer echten Legitimierung überstaatlichen Regierens entgegen.

c) Deliberation und Zivilgesellschaft

Die Debatte um die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeit für deliberativdemokratische Legitimität internationaler Institutionen schließt direkt an diese Governance-Debatte an. In ihr geht es darum, ob und in welchem Maße die institutionalisierte Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren die demokratische Legitimität von Governance-Institutionen oder auch Verhandlungen erhöhen kann. Diese Debatte hat zum einen herauszuarbeiten versucht, inwiefern zivilgesellschaftliche Akteure ein Substitut für eine politische Öffentlichkeit sein können und zum anderen inwiefern sie dabei helfen, die strukturelle Voraussetzungen von Deliberation zu schaffen, die in Verhandlungen nicht a priori gegeben sind (vgl. insb. Nanz/Steffek 2004; 2005; 2007). Der Fokus liegt auf der Erhöhung der deliberativen Qualität von Entscheidungsprozessen im überstaatlichen Regieren.

In vielen Studien wurde erwartet, dass zivilgesellschaftliche Akteure die für internationale Politikprozesse generelle Problematik selektiver Partizipation kompensieren, da sie per se das öffentliche Interesse vertreten, Pluralität in der Diskussion erzeugen und die Transparenz von Verhandlungen erhöhen. Eines der wichtigen Ergebnisse in diesem Forschungsstrang ist, dass zivilgesellschaftliche Akteure zumindest schwache Formen von Deliberation zu befördern helfen. Internationale Verhandlungen werden beispielsweise regelmäßig kritisch von Netzwerken transnationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen begleitet, welche Informationen über die Verhandlungsmaterien in die Verhandlungen hinein wie auch an die breitere Öffentlichkeit tragen. So helfen sie, Argumente zu filtern, Interaktionsfolgen zu thematisieren und Aufmerksamkeit für marginalisierte Positionen zu generieren (Sikkink 2002: 306, 312f). Zugleich nötigen sie Verhandler über öffentliche Skandalisierungsprozesse (*blaming* und *shaming*) in einen Rechtfertigungsprozess hinein (Brunkhorst 2002; Price 1998; Keck/Sikkink 1998; Nanz/Steffek 2005; 2007). Die kritische Begleitung internationaler Verhandlungen durch Öffentlichkeit hat hier den Status einer zivilisierenden Kraft, weil sie die Akteure nötigt, ihre Argumente mit Bezug auf geteilte Normen und Wertvorstellungen vorzubringen (Lynch 2002: 194).

d) Deliberation in multilateralen Verhandlungen

Die Forschung zu Formen von Deliberation in multilateralen Verhandlungssystemen hat sich nicht primär als Beitrag zur demokratietheoretischen Debatte verstanden. Stattdessen war sie handlungstheoretisch auf die Frage gerichtet, welcher Modus politischen Handelns (strategisch

oder verständigungsorientiert) unter welchen Bedingungen und mit welchen Folgen in multilateralen Verhandlungen zum Tragen kommt (Ulbert et al. 2004; Ulbert/Risse 2005; Deitelhoff/Müller 2005; Grobe 2010; Bjola/Kornprobst 2011). Auch hier lag der primäre Fokus darauf zu untersuchen, unter welchen Bedingungen die Deliberativität von Verhandlungen steigt und wie dies zu legitimeren Verhandlungsergebnissen beitragen kann.

Hier haben Studien zeigen können, dass zivilgesellschaftliche Akteure auch dazu beitragen können, starke Formen von Deliberation in Verhandlungen zu befördern, indem sie die normativen und institutionellen Kontexte und Einbettungen von Verhandlungen so verändern, dass lebensweltliche Gewissheiten und Fertigkeiten zur Verfügung gestellt werden und eine Annäherung an die formalen Bedingungen von gelingender Deliberation zumindest wahrscheinlicher wird (Deitelhoff 2006; 2009; Deitelhoff/Müller 2005; Müller 1994; 2004). Diese Akteure versuchen sowohl geteilte normative Kontexte herzustellen, die einer Verallgemeinerungsfähigkeit zugänglich sind, als auch institutionelle Verfahren auszubilden, die für Transparenz, Publizität und Zwanglosigkeit sorgen.

Konstruktivistische Studien zu Normgenese und -diffusion haben etwa die Bedeutung von Rahmungsprozessen (*framing*) durch zivilgesellschaftliche Akteure herausgearbeitet. Über solche diskursiven Rahmungen versuchen diese Akteure den Verhandlungsgegenstand in bereits konsentierten Wissensbeständen und geteilten Normen und Prinzipien einzubetten (Keck/Sikkink 1998: 4).⁵ Das meint, dass sie den lebensweltlichen Kontext der Verhandlungen verdichten, indem sie einen Referenzrahmen bereitstellen, auf den Akteure sich in den Verhandlungen berufen können.

Solche Bemühungen verwandeln zwar vermachtete internationale Verhandlungen nicht in idealtypische Diskurse, in denen nur noch das bessere Argument zählt, aber sie können durchaus »Inseln der Überzeugung« hervorbringen und somit den Verlauf und das Ergebnis von Verhandlungen nachhaltig beeinflussen (Deitelhoff 2006: 140-147; 2007: 31f; Ulbert/Risse 2005). Dieser »Einfluss« auf Entscheidungen stand im Kern des Erkenntnisinteresses. Daher verlagerte sich die Debatte schnell auf die Frage, wann es zu erfolgreicher Deliberation komme. Dabei zeigte sich generell, dass die Chance von gelingender Deliberation in der Sphäre jenseits des Staates dann am höchsten ist, wenn die Teilnehmer sich in exklusiven, oftmals expertendominierten Zirkeln zurückziehen und von einer kritischen Öffentlichkeit abschotten (Checkel 2001; 2003; Ulbert/Risse 2005; Ulbert et al. 2004; Deitelhoff/Müller 2005). Ein Befund, der jenem aus der EU-Forschung, wie den Arbeiten zu den hochinstitutionalisierten Komitologieverfahren, auffällig ähnelt (Joerges/Neyer 1998), der aber zugleich im Widerspruch

⁵Vgl. ähnlich dazu Klotz (1995: 462); Sikkink (2002, 1993: Einleitung); Joachims (2001); McCarthy et al (1996); Zald (1996); Kinder/Berinski (1998); Nelson (1999).

zu den Metatheoremen der deliberativen Demokratietheorie steht, die eine weite Öffentlichkeit einfordern.

Ungeachtet aller Unterschiede lässt sich in allen vier Debatten deutlich erkennen, dass sehr stark auf die unmittelbare Legitimationswirkung deliberativer Verfahren selbst gesetzt wird. Ob es ein Integration hervorbringender öffentlicher Diskurs, eine Entscheidungen rationalisierende und öffentliche Stimmen inkludierende Beteiligungsmöglichkeit oder der besondere Argumentationsmodus internationaler Verhandlungen ist, stets ist der Gedanke, dass internationale Politik ein Mehr an Deliberation als geordnetem Prozess benötigt, um die durch Deliberation informierten Entscheidungen in die Legitimität der politischen Ordnung zu transformieren. Die Betonung des deliberativen Verfahrens als eigener Legitimationsquelle bringt einen überdeutlichen Schwerpunkt auf Entscheidungen mit sich. Deliberative Demokratietheorien im Feld internationaler Politik nehmen kaum mehr Bezug auf das Moment anarchischer Diskurse und den Entstehungszusammenhang von Öffentlichkeit und Demokratie, sondern sie verengen den Blick auf die Ermöglichung und Optimierung von Deliberation in Entscheidungssituationen. So werden letztlich Deliberation und legitime Dezision oft kurz geschlossen.

Dies erklärt die Resonanz deliberativer Demokratietheorien auf der Ebene überstaatlicher Politik. Dort, wo Institutionen vor allem sektoral nach Politikfeldern organisiert sind und es kein einheitliches (Meta-)Regulierungszentrum gibt, muss die Übertragung von Konzepten einer einheitlichen öffentlichen Willensbildung und die Rückbindung der Politik an diese scheitern (Fraser 2007). Der Einsatz deliberativdemokratischer Instrumente in und zwischen den sich überlappenden und konkurrierenden Institutionen hingegen bietet einen inkrementellen, aber konkreten Weg, die Legitimität der institutionellen Gesamtstruktur nach und nach zu erhöhen (vgl. Wolf 1999: 201ff). Damit verbunden ist das Versprechen, den in der Forschung stark gemachten Gegensatz zwischen Input- und Outputlegitimität aufzulösen (Scharpf 1999). Mit dem Grundgedanken, dass es für die demokratische Legitimität entscheidender sei, dass alle relevanten Gesichtspunkte einbezogen sind, als dass alle tatsächlich Betroffenen partizipieren, lassen sich die Gemeinschafts-, Tugend- und Identifikationsanforderung an überstaatliche Politik deutlich abschwächen.⁶

⁶ Heidrun Abromeit bringt diese aus der funktionalen Logik deliberativdemokratischer Modelle herrührende Attraktivität auf den Punkt, wenn sie schreibt: »Das Bestechende an diesem Ansatz ist, daß er in der Tat trans- und international anwendbar ist. Deliberative Foren sind nicht notwendigerweise und schon gar nicht begriffsnotwendig, auf den Nationalstaat beschränkt. Stattdessen sind sie sach- (ggf. fach-) bezogen; d.h. die Fixierung auf Territorialität, diese eindimensionale Eingrenzung von Politik, die das postnationale Demokratiedilemma recht eigentlich erst

Deliberative Demokratietheorie stieg angesichts dieser 'Standpunktvorteile' schnell zum prominentesten Theorieimport in den Debatten um die Legitimität internationaler Politik auf. Ein Siegeszug, der nicht nur in der Wissenschaft Ausdruck findet, sondern auch in die Kommunikationen und Reformanstrengungen internationaler Institutionen übernommen wurde.⁷ Gleichwohl hat in den letzten Jahren eine deutliche Ernüchterung eingesetzt. Abzulesen ist dies nicht nur im zunehmend kritischer werdenden akademischen Diskurs über deliberative Demokratie, sondern auch in der Abkehr sozialer Bewegungen von der Forderung nach deliberativer Einbindung und der stattdessen zu beobachtenden Intensivierung konfrontativer Bewegungsstrategien. Die Erfahrungen sozialer Bewegungen mit deliberativen Foren, etwa im Kontext der Weltwirtschaftsinstitutionen, haben nach Meinung vieler Aktivisten gezeigt, dass sich in diesen gerade keine Möglichkeit bietet, den eigenen Positionen Gehör zu verschaffen und Kritik zu artikulieren. Vielmehr werden die Foren zunehmend kritisch gesehen. Der Vorwurf lautet, dass hier Legitimität durch scheinbare Einbeziehung zu suggerieren versucht wird (O'Brien et al. 2000; Deitelhoff 2012). Die praktische Ernüchterung wird durch ein neues theoretisches Angebot noch weiter verstärkt: Agonale Demokratietheorie treten als neue Avantgarde hervor, die derzeit in den IB viel rezipiert und teils euphorisch diskutiert werden. So wie die deliberative Demokratietheorie für sich in Anspruch genommen hat, die Denkschränken eines rein aggregativen/parlamentarismuszentrierten Demokratieverständnisses überwunden zu haben, so scheint die radikale Demokratietheorie nun im Verbund mit Aktivisten aufzeigen zu können, dass deliberative Demokratietheorie blind sei für gesellschaftliche Realitäten und daher die wahren Quellen demokratischer Normativität verpasst.

II. Deliberative Demokratie – der Ausverkauf demokratischer Legitimität?

Insbesondere zwei Linien der Kritik sind für unsere Betrachtung von Bedeutung: Erstens die Kritik an den Realisierungsmöglichkeiten deliberativdemokratischen Regierens auf der Ebene internationaler Politik (1) und zweitens der fundamentalere Einwand, dass deliberative

erzeugt, wird durch die funktionale Dimension ersetzt. Tendenziell rückt damit das Kongruenzpostulat der Demokratie in die Nähe der Realisierbarkeit, denn in den Foren deliberieren die, die das jeweilige Problem etwas angeht. Auch der fehlende Demos steht einer deliberativen Demokratisierung nicht im Weg, weil nicht nationale Solidarität gefragt ist, sondern Sachbezogenheit und -betroffenheit.« (Abromeit 2002: 38)

⁷ Dazu zählt etwa die mittlerweile fast standardmäßige Forderung der Einbindung von Zivilgesellschaft über offene Foren oder gar der Einbau konsultative Mechanismen für einzelne Bürger (von im Netz übertragenen Ratssitzungen bis hin zur Begleitung von Weltbanktreffen durch einen Internetfernsehsender samt social media stream).

Demokratietheorien überhaupt nicht in der Lage seien, echte Pluralität und die damit einhergehenden Konflikte zu reflektieren (2).

II.1 Realisierungschancen deliberativdemokratischen Regierens

Die pragmatische Kritik des deliberativdemokratischen Paradigmas nimmt das Versprechen, das in der Deliberation für die Demokratisierung internationalen Regierens liegt, zunächst einmal vollständig an – einzig, ihr fehlt der Glaube an die möglichen Umsetzungsformen. Dies hat mehrere Gründe, die sich am einfachsten aufzeigen lassen, wenn man die kleinteilige Kritik summiert, die an den vier oben bereits vorgestellten Diskursen aufgekommen ist.

Im ersten Fall, der Suche nach einer durch deliberativdemokratischen Institutionenbau sich selbst kreierenden Öffentlichkeit, ist gewissermaßen bereits die Ausgangsposition ein empirisches Gegenargument. Die Hoffnung deliberativer Demokratietheoretiker (besonders prominent: Habermas 1999, 2004, Schmalz-Bruns 1999), dass nicht eine starre Identität oder vopolitische Ressourcen wie Vertrauen und gemeinsame Werte entscheidend seien, die Voraussetzungen von Deliberation sich aus der spezifischen Rationalität deliberativer Verfahren selbst entwickeln und perpetuieren könnten, hat deutliche Tücken: zwar ist es sicher richtig, dass deliberative Demokratietheorie im Prozess des kommunikativen Austauschs die Chance hat, die Bedingungen ihrer selbst zu (re-)generieren, doch mit diesem Selbstschutzmechanismus fest zu rechnen, lässt sich nur als Münchhausen-Modell der Demokratie bewerten (vgl. Wolf 2000: 198). Die empirischen Hinweise jedenfalls, dass es in einem normativ gesättigten Sinne zu einer Öffentlichkeitsbildung kommt, die hinreichen würde, starke Öffentlichkeiten wie Parlamente auf supranationaler Ebene rückzubinden, sind dünn und gehen zu wenig auf entgegenstehende Tendenzen ein. Zumindest für den Fall der EU lässt sich zugespitzt festhalten, dass alle Versuche, Beteiligung und Deliberation zu ermöglichen, in Rückschlägen für den Integrationsprozess mündeten (Hurrelmann 2007).

Was für die europäische Ebene gilt, ist für die globale Ebene ohnehin ein Gemeinplatz. Hier sind die zur Verwirklichung deliberativer Demokratiemodelle nötigen Voraussetzungen sehr eindeutig nicht vorhanden und wohl zumindest mittelfristig auch nicht einzuholen (Rustin 1999; Schimmelfennig 1997). Geteilte Wissensbestände und grundlegende normative Übereinstimmung als Hintergrundressource für erfolgreiche deliberative Verfahren sind hier schlicht zu dünn, so dass einzig ein restriktiver, egalitärer institutioneller Rahmen überhaupt die Chance gibt, die deliberative Qualität von Ergebnissen sicherzustellen – auf Kosten der Offenheit und Öffentlichkeit deliberativer Verfahren.

Die in den Debatten um Governance und die Beteiligung von Zivilgesellschaft erhobene Kritik lässt sich einfach zusammenführen. Hier erwies sich die Hoffnung, dass eine erstarkende transnationale Zivilgesellschaft, ein funktionales Äquivalent für die fehlende Institutionalisierung sein könnte (vgl. etwa die Arbeiten von Nanz/Steffek 2004, 2005), als zu vorschnell. Zwar zeigen Studien zu zivilgesellschaftlichen Akteuren, dass diese durchaus Deliberation befördern helfen, indem sie für Öffentlichkeit sorgen, Expertise in die Verhandlungen einspeisen, marginalisierte Positionen in Verhandlungsprozesse tragen (Sikkink 2002) und durch Skandalisierung dafür Sorge tragen, dass verhandelnde Akteure unter Rechtfertigungsdruck geraten (Lynch 2002; Price 1998). Aber selbst wenn man nur positiv konnotierte zivilgesellschaftliche Akteure für die Analyse zulässt und mit diesen die Erwartung einer zivilisierenden Kraft aufbaut, stößt man auf Probleme. So sind deliberative Verfahren nicht hinreichend vor Ausbeutung zu schützen. Weder lässt sich theoretisch vorab festlegen, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure selbst als Öffentlichkeit fungieren (und den Kriterien demokratischer Deliberation genügen), noch sollte man diese oft selbstselektierten Akteure, die in einem nur dünnen Beauftragungsverhältnis zu Bürgern stehen, in einem starken Sinne als repräsentative Kräfte verstehen (vgl. Kettner/Schneider 2000; Nanz/Steffek 2007). Somit tragen sie, in den Worten von Peter Niesen zwar zur Steigerung der Deliberativität von Verhandlungen bei, nicht aber zu deren Demokratizität (Niesen 2008). Eine Kritik, die sich problemlos ausweiten lässt auf alle Versuche, den europäischen Governance-Prozess als demokratisch zu interpretieren (Höreth 2009).

Auch die Studien zu deliberativen Verfahren in der globalen Diplomatie verdeutlichen diese Problematik. So zeigten Studien, dass die Institutionalisierung deliberativer Verfahren in der überstaatlichen Sphäre häufig informeller Natur ist. Weder gibt es einen übergeordneten Rahmen, der jenseits einzelner sektoraler Verhandlungssysteme in der Lage wäre, die Ergebnisse von Deliberationen zusammenzuführen (im Sinne der Bündelung eines allgemeinen Willens) noch gibt es, ganz banal, institutionelle Regelwerke, die den Zugang zu Deliberation gewährleisten und sicherstellen, dass innerhalb der Verfahren Offenheit und Inklusion erreicht werden. Viele der empirisch beobachteten Formen von Deliberation sind expertenzentriert (beispielhaft die Komitologieverfahren; Joerges/Neyer 1997). Das Grundmoment deliberativer Demokratie, dass die von einer Regel Betroffenen in einem offenen und öffentlichen Diskurs zusammenkommen und versuchen, auf ihren divergierenden Perspektiven, eine gemeinsame Entscheidungsgrundlage zu schaffen, geht durch die funktionalistisch-pragmatische Suche nach Substituten für eben diese Öffentlichkeit daher regelmäßig verloren.⁸ Deliberation ließ sich deshalb insbesondere dort

⁸ Auch sich offen gebende Modelle von Stakeholder-Partizipation, die diesem Problem zu begegnen behaupten, indem sie gezielt schwache Kräfte und breite Interessen zu repräsentieren und zu inkludieren versucht, verlagert dies

beobachten, wo der Zugang zu deliberativen Verfahren stark eingeschränkt wurde und die Teilnehmer auf geteilte Werte, Konventionen und Wissen zurückgreifen konnten – Deliberation also zum Elitenprojekt geriet (Deitelhoff 2006; Ulbert/Risse 2005; Deitelhoff/Müller 2005; Jörges/Neyer 1998).

Die einfache Hoffnung, die sich mit deliberativen Demokratiemodellen verband – nämlich ohne den sperrigen Überbau der im Nationalstaat entwickelten demokratischer Prozeduren ein flexibles Modell zur Generierung von Legitimität über Diskursivität und Deliberationschancen an die Hand zu bekommen – ist empirisch-analytisch insofern einzuschränken. Auch wenn man dies nun aber als Detailkritik zurückweist und inkrementelle Qualitätsgewinne durch die Einführung deliberativer Instrumente betont, so birgt eine zweite Linie der Kritik, die genereller die normative Vorzugswürdigkeit deliberativer Demokratie hinterfragt, noch größeres Ungemach.

II.2 Vom Umgang mit Differenz und Opposition

In dieser Linie stehen nicht die Hindernisse der Verwirklichung der deliberativen Prinzipien im Blickpunkt, sondern die Schwierigkeiten des Ideals selbst. Ansatzpunkt dieser Kritik ist das Inklusionsversprechen deliberativer Demokratie, die Möglichkeit aller, sich zum Ausdruck zu bringen und in der Deliberation zu Lösungen zu kommen, die allen Positionen gerecht werden und Möglichkeiten zur Einigung oder gar Transformation von Präferenzen bieten. Eben mit dieser Wirkung deliberativer Verfahren wird schließlich die Fähigkeit deliberativer Demokratietheorien begründet, die Pluralität und Konflikthaftigkeit moderner politischer Systeme integrieren zu können.

Dieser hehre Anspruch wird von zwei Seiten hinterfragt: Zum einen von Autoren, die durchaus mit dem Grundanliegen der Deliberation sympathisieren und diese zu verbessern suchen. Diese kritisieren den Mainstream deliberativer Demokratiemodelle dafür, nicht „differenzsensibel“ genug zu sein und strukturkonservativ zu verfahren. Deliberation könne nicht mit der ganzen Bandbreite abweichender Positionen umgehen, da sie verengte Rationalitätsstandards anlege und der unterliegende Versöhnungsgedanke zu wenig Raum lasse für affektive Dynamiken und nicht-westliche Rationalitätsstandards. Poststrukturalistische und radikaldemokratische Varianten nehmen diese Kritik auf und überbieten sie, indem sie das Argument auf der prinzipiellen Ebene verorten und deliberativen Demokratietheorien vorwerfen, durch das Konsensideal den konstitutiv konfliktiven Charakter des Politischen zu verkennen (vgl. beispielsweise Mouffe 2005).

letztlich nur auf eine andere Ebene, denn die Frage, wer eigentlich die *stakeholder* definiert, bleibt unbeantwortet (vgl. etwa die Studie zur Weltstaudammkommission von Dingwerth 2003).

Die eher sympathisierende Kritik ist darauf ausgerichtet, Blindstellen der deliberativen Demokratietheorie aufzudecken. Der Hauptpunkt der Kritik lautet dabei, dass Deliberation strukturelle Ungleichheiten und deren Konsequenzen ignoriert (vgl. Young 1996, 2001; Mansbridge 1996). Strukturelle Asymmetrien werden im Zugang zu Deliberation ausgemacht, wo unterschiedliche sozioökonomische und kognitive Ressourcen ungerechte Startpositionen bewirken und wo der Zugang zur Organisation und Schwerpunktsetzung deliberativer Verfahren als notorischer Einfallspunkt für eine den status quo begünstigende Entwicklung der Verfahren ausgemacht wird.

Die formalen Bedingungen von Deliberation, ihre Beschränkung auf nicht-emotionale, rationale Argumentation fördert einen Sprachstil, der eher den Gepflogenheiten der begünstigten gesellschaftlichen Schichten entspricht, während insbesondere Frauen oder MigrantInnen in diesen Settings benachteiligt würden (Young 1996: 123f; Mansbridge 1996; Sanders 1997). Diese Ungleichheiten können selbst dann auf Deliberation durchschlagen, wenn letztere sich für alternative Sprach- und Argumentationsstile öffnet, denn sie wirken wie eine Form von Hegemonie, die benachteiligten Gruppen suggeriert, dass sie nicht das Recht zu sprechen hätten bzw. dass ihre Argumente kaum bedenkenswert, da so offensichtlich „anders“-artig seien (Young 1996: 122). Diese Hürden wirken nicht nur hemmend auf marginalisierte Gruppen per se, sondern begrenzen ebenso wirkungsvoll die Artikulation von Opposition, da sie diese dazu nötigen, ihre Kritik an die Rationalitätsstandards vernünftigen Argumentierens anzupassen und kaum Raum für die Entwicklung alternativer Positionen im und durch den Diskurs lassen (Fung 2005; Rostboll 2009). Ein Problem, dass auf der Ebene internationaler Politik sich beispielsweise im Nord-Süd-Bias zivilgesellschaftlicher Beteiligungschancen niederschlägt.

In ähnlicher Weise problematisch ist der strukturkonservative Bias deliberativer Verfahren. Finden diese in etablierten Institutionen statt, replizieren sie zumeist deren Rationalität. Politische Alternativen, die dieser Rationalität widersprechen, werden tendenziell ignoriert. Dieses Problem ist bereits aus der Mediationsforschung gut bekannt (Geis 2005). So setzen politische Institutionen, die sich starkem öffentlichen Dissens ausgesetzt sehen, häufig deliberative Verfahren ein, um den Bürgern die Chance einzuräumen, sich in den Entscheidungsprozess einzubringen. Allerdings ist das Mandat dieser Foren oftmals eng begrenzt und deren Agenda von vornherein auf begrenzte Themen und Ergebnisse festgelegt. Sie sollen beispielsweise unterschiedliche Optionen in der Umsetzung von Politiken verhandeln, aber nicht die Politiken als solche hinterfragen. Die sinnvolle Teilnahme an solchen Verfahren hängt dann davon ab, ob die Bürger diese inhärenten Beschränkungen der Foren zu akzeptieren bereit sind (Urbinati 2010: 74; Tully 2001). Wenn Bürger unter diesen Bedingungen die Teilnahme verweigern, kann ihnen

unterstellt werden, irrational oder unpolitisch zu handeln, da sie ja die Chance vergäben, Einfluss zu nehmen (Young 2001: 675f). Folge hiervon ist, dass die Verweigerung gegenüber diesen Integrationsinstrumenten eine noch tiefere Exklusion nach sich zieht. Zugleich wird den extra-institutionellen Foren der Gegenöffentlichkeiten, die sich in Reaktion auf diese Exklusion bilden, im Mainstream der Deliberationsforschung zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, da die fehlende Bezugnahme fälschlicherweise als eine Irrelevanz für demokratische Prozesse interpretiert wird (vgl. aber Young 1996).

Beide Asymmetrien schwächen die demokratische Legitimität von deliberativen Verfahren erheblich. In Situationen, die durch große und konfliktive Pluralität gekennzeichnet sind, sind deliberative Verfahren daher keineswegs immer der beste Weg, legitime Ergebnisse zu erzeugen. Vielmehr neigen sie dazu, radikalere Stimmen auszuschließen und den Status Quo zu bewahren. Die Opposition, die gängige deliberative Modelle einzuschließen vermögen, ist allein jene, die durch ihre Selbsteinschränkung einen Beitrag zur gelingenden Selbstgesetzgebung leisten zu wollen, sich bereits von vorneherein als versöhnlich erwiesen hat.

Poststrukturalistische und radikaldemokratische DemokratietheoretikerInnen gehen mit ihrer Kritik noch eine Stufe weiter, da sie ganz generell die Wirkung von Konsens in Demokratien hinterfragen. Das Politische wird ihnen zufolge durch Konflikt konstituiert, der Versuch Konsens zu erreichen daher als aussichtslos bis gefährlich diffamiert (Mouffe 2000: 91, 2005: 12). Das in dieser Sichtweise mit deliberativer Demokratie identifizierte Ziel des Konsenses unterdrücke Differenz und zwingt zur Anpassung (Mouffe 2005: 21). Nur wenn Demokratie ablasse von der Idee der Deliberation, könne sie Pluralität realisieren und damit ihr eigentliches Versprechen, die Offenheit der politischen Ordnung, realisieren.

Die radikaldemokratische Position findet im Feld der internationalen Politik derzeit in verschiedenen Gestalten und Theorieschulen begeisterte Aufnahme. So haben von diesen Ansätzen inspirierte kritische Theorien der Internationalen Beziehungen im Zuge des Erstarkens der Kritischen Globalisierungsbewegung deutlichen Zulauf erhalten. Es gelingt diesen Theorien auch mehr und mehr, sich in die Manifeste radikalen Bewegungsgruppierungen einzuschreiben. Die Erwartung, dass die gegenwärtige illegitime und ungerechte Herrschaftsordnung dabei aus sich heraus Widerstand produzieren und damit die Chance für radikale Veränderung eröffnen wird, führt dann dazu, dass bewusst nicht mehr die Option des Dialogs und der Einbindung gesucht wird, sondern sich die Akteure in den Bewegungen wie die Theoretiker dieser Entwicklung hauptsächlich auf die präfigurative Kraft der gesellschaftlichen Protestbewegungen selbst konzentrieren.

III. Deliberation, Demokratie, Opposition: Back to the Roots

Die oben angesprochene Kritik lässt sich auf einen zentralen Punkt zusammenziehen: Deliberative Demokratietheorien haben sich in ihrer theoretischen Ausrichtung wie auch insbesondere in der Praxis ihrer Anwendung im Feld der Internationalen Politik in eine Richtung entwickelt, in der Deliberativität selbst zum Maßstab für gelingendes demokratisches Regieren (und damit für Legitimität) wird (vgl. auch Mansbridge, et al. 2012). Fragen der demokratischen Teilhabe im Sinne egalitärer Beteiligungssysteme sind darüber sukzessive aus dem Blickfeld geraten. Diese Perspektive erklärt die hohe Passfähigkeit deliberativer Demokratietheorien für die Analyse komplexer überstaatlicher politischer Systeme. Mit dem Maßstab der Deliberativität von Entscheidungsprozeduren macht sie sich scheinbar unabhängig von klassischen Institutionensettings und ist in der Lage, auf eine Vielzahl neuer Politikphänomene einzugehen. Doch der Preis für diese Verengung ist hoch: In einem elitistischen, von deutlichen Machtungleichgewichten und Ausgrenzungen, geprägten System können die „kleinen“ Reformvorschläge, die unter Berufung auf das deliberativdemokratische Ideal entwickelt werden, kaum mehr sein als die Bestätigung des Status Quo; Demokratische Phantasie vermögen sie hingegen kaum noch zu befeuern.

Die Alternative, die poststrukturalistische Autoren anbieten, setzt auf gesellschaftliche Experimente jenseits der etablierten Politik und zelebriert das unterbrechende Moment radikalen Dagegen-Seins. Damit erfüllen diese das Bedürfnis, ein als defizitär empfundenen und sich scheinbar jeden Reformversuch einverleibenden Systems zurückzuweisen. Kritische Theorien dieser Prägung bestimmen den Wert von Opposition als Gegenkraft, die erst im Vollzug politischen Handelns ihr transformatives Potential entfaltet und dieses daher nicht metaphysisch in Standards oder Prozeduren ablagert. Der oppositionelle Akteur selbst wird zum Träger von Alternativität. Ein theoretischer Zug, der durch die Betonung von Kontingenz offensiv abgesichert wird, der sich aber daher die Antwort auf die Frage versagen muss, unter welchen Bedingungen und Mechanismen legitimes politisches Handeln möglich wird. Paradoxerweise können daher gerade diese Theorien, die die Opposition und das Dagegen sein feiern, nicht angeben, wo deren Ort ist, wie aus der Haltung Politik wird und unter durch welche Maßnahmen oppositionelle Politik zu sichern ist. Mit der emphatischen Zuwendung zu unmittelbarem Handeln in spontan entstehenden Öffentlichkeiten wird Demokratie ihrer institutionellen Aspekte beraubt (Jörke 2006). Die substantielle und strukturelle Andersartigkeit, die gefordert wird, bietet in sich keine Möglichkeit für die dauerhafte Etablierung der Artikulation von

Opposition, sie ignoriert das praktische Risiko einer Diktatur der Aktiven und verpasst es, die Frage nach der Ordnung der Freiheit eigentlich zu stellen (zur Kritik radikaldemokratischer Ansätze vgl. zusammenfassend: Jörke 2006, Schaap 2007).

Will man diese anti-institutionalistische Schlussfolgerung poststrukturalistischer Demokratietheorie nicht mitgehen, so muss man darüber nachdenken, wie deliberative Demokratietheorie sich in einer Weise reformulieren lässt, dass in ihr wieder der Zusammenhang der kommunikativen Auseinandersetzung mit den Entstehungsbedingungen politischer Öffentlichkeit gesucht wird.. In der Bewährungsprobe deliberativer Demokratietheorie wird es also nötig, viele der in den letzten Dekaden etablierten feinen Justierungen einer legalistisch-rationalistisch Theorie und insbesondere deren institutionelle Übersetzungen in das Feld internationaler Politik zu hinterfragen.

Es gilt wieder anzuerkennen dass öffentliche Diskurse mit der in ihnen auftretenden Vielfalt von Perspektiven selbst ein wichtiges und eigenständiges Kennzeichen der demokratischen Ordnung sind – und dies noch vor ihrer diese Pluralität mediatisierenden Deliberation. Es ist dabei ja auch gerade nicht so, als wäre das Nein-Sagen und die Opposition nicht ein klar definierbarer Bestandteil des deliberativdemokratischen Kanons (White/Farr 2012, Markell 1997), es ist nur so, dass dieses Element meist nur defensiv und – wie im Fall des zivilen Ungehorsams – für unregelte Ausnahmesituationen formuliert wird, anstatt in ihm selbst den Kern der deliberativen Idee zu sehen. Das Recht auf Partizipation umschließt das Recht auf Opposition. Legitimität entsteht nicht primär dadurch, dass es gelingt, Opposition einzubinden und zu verarbeiten, sondern auch dadurch, dass Opposition zunächst einmal möglich ist und artikuliert werden kann. Die Existenz von Kritik ist nicht per se delegitimierend, sondern in ihr zeigt sich ein Grad an Offenheit des politischen Systems, den ein demokratisches Regime notwendig mit sich führen muss. Solche offenen Diskursprozesse erschöpfen sich dabei nicht in formalen Beteiligungsformen oder das verbiefte Recht zur freien Meinungsäußerung und Assoziierung, sie sind immer auch eine Folge der wahrgenommenen Offenheit des politischen Entscheidungssystems, welches in sich selbst die Bereitschaft zum Diskurs und zur Auseinandersetzung spiegelt und die Kontingenz des eigenen Problemlösungshandelns symbolisiert. Politische Opposition tritt daher nur auf, wenn politisches Handeln als bedeutsam angesehen und Positionen und Alternativen erkennbar sind, an denen es sich abzuarbeiten lohnt.⁹ Die ungehinderte Artikulation von Widerspruch und Opposition schafft und schärft genau diese

⁹ An anderer Stelle haben beide Autoren dieses Textes eine solche Erweiterung insbesondere mit einer stärker am modernen Republikanismus orientierten Theoriesprache zu beschreiben versucht (Deitelhoff 2012, Thiel 2012). Autoren wie Hannah Arendt, Claude Lefort, Helmut Dubiel lassen sich dabei nach unserem Dafürhalten als willkommene Anregung für deliberativdemokratische Theorien lesen, da in diesen Ansätzen in ähnlichem Maße von einem Ideal öffentlicher Auseinandersetzung ausgegangen wird

Alternativität, an der sich öffentliche Diskurse immer wieder entzünden. Sie zeigt Optionen auf, die zu einem späteren Zeitpunkt in der Entscheidungsfindung verarbeitet werden können. Ohne Opposition lässt sich insofern Konsens weder entwickeln noch prüfen.

Wenn Opposition dies leisten können soll, muss sie daher auch jenseits legal-kodifizierter Rechte und Institutionen geschützt und gestützt werden. Demensprechend muss in der deliberativen Demokratietheorie wieder mehr über die Entstehungsbedingungen pluraler öffentlicher Diskurse nachgedacht werden, über die Dynamik der Formierung von Meinungen sowie über jene Formen des politischen Handelns, die nicht deliberativ in ihren Eigenschaften sind, wohl aber die Pluralität der Perspektiven einer politischen Ordnung zum Ausdruck bringen und verstetigen.

Zunächst lässt sich dies in die notwendige Proliferation von Gegen- und Enklavenöffentlichkeiten übersetzen (Mansbridge 1996). Zu lange wurde – befeuert durch die Vorstellung einer möglichst einheitlichen und klar artikulierten öffentlichen Meinung, die sodann durch ein politisches System umgesetzt werden solle – auf die Herstellung einer möglichst einheitlichen Öffentlichkeit gesetzt (in der klassischen Form wird diese Kritik artikuliert bei: Fraser 1992). Dabei wird die Bedeutung von eigenständigeren Öffentlichkeiten übersehen, die sich gerade in Abgrenzung zur großen Öffentlichkeit entwickeln und die daher in der Lage sind, das politische System herauszufordern. Gerade marginalisierten Gruppen bieten solche alternativen Orte, in denen die Chance besteht, dass sich eigenständige Stimmen entwickeln und sich der Relevanz und der Ausdrucksfähigkeit der eigenen Position bewusst zu werden. Den Versuch, diese Einheiten in einen Dialog zu zwingen, verkennet nicht nur, dass diesen Gruppen damit Kohärenz und Anschlussfähigkeit aufgenötigt wird, sondern auch, dass das ostentative Anders- oder Dagegen-Sein zentral ist um interne Integrationskraft und Kreativität anzuregen. Insbesondere, wenn man annimmt, dass die Ideen dieser Öffentlichkeiten auch ungeachtet von deren Geschlossenheit über die Präsenz ihrer Mitglieder in anderen Zusammenhängen und Diskursen zur Gesamtöffentlichkeit beitragen, wird deutlich, dass deliberative Theorien hier einen sehr viel toleranteren Umgang finden sollten und diese Fragmentierungen nicht als Makel eines allgemeinen Verständigungsprozesses zu begreifen haben.¹⁰

Eng damit zusammenhängend müssten deliberative Demokratietheorien stärker den Wert von performativen und rhetorischen Ausdrucksweisen, z.B. Protest, beachten. Auch hier gibt es die Tendenz, solche Formen allein in Hinblick auf die Produktivität für den Entscheidungsprozess

¹⁰ Übersehen werden darf dabei natürlich nicht, dass solche Enklaven-Öffentlichkeit die Gefahr bergen, durch Polarisierungsprozesse völlige Selbstexkludierung herbeizuführen (Sunstein 2002). Innerhalb der Enklaven wächst die Gefahr, dass ein sehr viel repressiverer Gruppenkonsens bis hin zur Negierung individueller Rechte entsteht. Die Forderung, die Toleranz für solche Gruppenprozesse auszuweiten, darf sich daher nicht einfach aller Kritikmöglichkeiten entsagen.

zu betrachten und dabei allzuhäufig zu stipulieren, dass ein Diskurs nur dann produktiv geführt werden kann, wenn Störungen ausgeschlossen, Anschlussfähigkeit und Verständlichkeit gegeben ist. Mag dies für die kommunikative Prozesse in Kleingruppen ein legitimer Befund sein, so gilt dies nicht im Übertrag auf das weite Feld der Öffentlichkeit: Hier steht schon die Komplexität des öffentlichen Diskurses der Idee des Allverstehens diametral entgegen. Entscheidend ist daher gerade nicht eine Vorselektion auf – noch so unparteilich beurteilte – passende Beiträge, sondern die Betonung der irritierenden Kraft der Verfremdung, die anders geartete Beiträge – wie sie z.B. neue Protestformen darstellen – mitbringen: Gerade durch ihre Andersartigkeit gelingt es diesen, unhinterfragten Gewissheiten ihrer Natürlichkeit zu berauben und erneut zur Disposition einer demokratischen Öffentlichkeit zu stellen (Sparks 1997; Celikates 2010). Ein Prozess, der schon deshalb seine Bedeutung und Berechtigung hat, weil ansonsten die Routinen von Macht und Gewohnheit – seien sie auch prozedural noch so klug begrenzt – notwendig Asymmetrien bewirken (Balibar 2013; Young 1996). Gerade das wütende Anstürmen gegen die etablierte Politik mit ihren institutionalisierten Deliberationsforen, d.h. die Einseitigkeit und Emotionalität radikalerer Formen von Opposition sind in der Lage, neue Themen zu setzen und damit überhaupt erst Diskurse entstehen zu lassen. Die Inklusion dieser Themen wird dabei gerade nicht durch deren Kompatibilisierung erreicht, sondern durch das Gegeneinander bewirkt, welches ein Bezug nehmen erzwingt. Die lange gehegte Annahme, dass der deliberative Modus per definitionem als Widerpart von Rhetorik und Emotionalität zu verstehen sei, müsste dann im Lichte eines weiteren Blicks für die Auswirkungen aller Formen öffentlicher Sprechakte auf die Fortsetzung und Lebendigkeit des Diskurses hinterfragt werden (Chambers 2009).¹¹

Die in den ersten beiden Teilen dieses Aufsatzes geleistete Wiedergabe und Kritik sowie die im Anschluss daran entwickelten Vorschläge zur hin haben gezeigt, dass deliberative Demokratietheorie sich nicht darin erschöpfen sollte, deliberative Beratungsergebnisse zu optimieren. Entkoppelt man Deliberation und Dezision stattdessen wieder deutlich voneinander und rückt die Entstehungsbedingungen von öffentlicher Diskussion wieder stärker in den Fokus, so kann deliberative Demokratietheorie ihre Bewährungsprobe bestehen. Anstatt nur die Spuren von Legitimität in den Aushandlungsprozessen internationaler Politik zu rekonstruieren, sollte

¹¹ Einen Versuch in dieser Richtung hat Archon Fung (Fung 2005) mit dem Konzept des deliberativen Aktivismus unternommen, welches bewusst auch nicht-deliberative Mittel umschließen soll. Francis Dupuis-Déri (Dupuis-Déri 2007) hat ein solches Verständnis zudem für eine deliberativdemokratische Rehabilitierung der Kritischen Globalisierungsbewegung zu benutzen versucht. Beide zeigen, dass Deliberation auch in nicht-deliberativen Akten ihren Wert hat. Allerdings lässt sich gegenüber beiden einwenden, dass sie diese Ausweitung hauptsächlich verlangen, um durch diese Akte die (Wieder-)herstellung von reineren Diskursbedingungen zu erreichen. Ihr Blick ist daher eher taktisch, funktionalistisch. Damit aber greift die von Robin Celikates (2010) im Vergleich der Modelle zivilen Ungehorsams geäußerte Kritik, dass es sodann am Theoretiker ist, zu entscheiden, welche Form von Widerstand wirklich der Wiedereinsetzung der guten Ordnung dient und wo diese endet. Wir würden daher mit Celikates dafür plädieren, über diesen Wiederherstellungsmodus hinaus zu gehen und auch im zunächst nackten Signalisieren von Widerstand ein wichtiges, öffentlichkeitskreatives und damit demokratieermöglichendes Moment zu sehen.

der Fokus darauf gelegt werden, einen kritischen Maßstab für die Beurteilung internationaler Politik zu entwickeln. Da Deliberation auch Kontroverse einschließt und die deliberative Demokratietheorie als kritische Theorie in einer Tradition der Sensibilität für Widerstand und Opposition steht, gilt es, dieses Erbe zu reaktivieren und die rationalistisch-funktionalistischen Verengungen der Diskussion zu überwinden.

Literatur

- Abromeit, Heidrun* 2002: Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie, Opladen.
- Andersen, Svein S./Burns, Tom R.* 1996: The European Union and the Erosion of Parliamentary Democracy: A Study of Post-parliamentary Governance, in: Andersen, Svein S./Eliassen, Kjell A.: The European Union: How Democratic Is it?, London, S. 227-251.
- Archibugi, Daniele* 1998: Principles of Cosmopolitan Democracy. In: Archibugi, Daniele/Held, David/Köhler, Martin (Hrsg.): Reimagining Political Community. Studies in Cosmopolitan Democracy, Polity, 198-228.
- Balibar, Etienne* 2013: Demokratie durch Widerstand: Der Staatsbürger als Rebell, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3, S. 41-51.
- Bobman, James* 1998: The Coming of Age of Deliberative Democracy, in: The Journal of Political Philosophy 6: 4, S. 400-425.
- Brunkhorst, Hauke* 2002: Globalizing Democracy Without a State: Weak Public, Strong Public, Global Constitutionalism, in: Millennium 31: 3, 675-690.
- Buchanan, Allen/Keohane, Robert O.* 2006: The Legitimacy of Global Governance Institutions, in: Ethics and International Affairs, 20: 4: 405-437.
- Celikates, Robin* 2010: Ziviler Ungehorsam und radikale Demokratie. Konstituierende vs. konstituierte Macht?, in: Röttgers, Kurt/Bedorf, Thomas (Hrsg.): Das Politische und die Politik, Berlin, 274-300.
- Chambers, Simone* 2009: Rhetoric and the Public Sphere. Has Deliberative Democracy Abandoned Mass Democracy? , in: Political Theory 37: 3, S. 323-350.
- Checkel, Jeffrey T.* (2001), »Why Comply? Social Learning and European Identity Change«, in: International Organization, 55: 1, S. 553-588.
- Checkel, Jeffrey T.* (2003), Persuasion in International Institutions, ARENA Working Papers WP 02/14 (URL: http://www.sv.uio.no/arena/english/research/publications/arena-publications/workingpapers/working-papers2002/wp02_14.htm *; letzter Zugriff: 23.03.2012).
- Dahl, Robert A.* 1994: A Democratic Dilemma. System Effectiveness versus Citizen Participation, in: Political Science Quarterly. 109:1, S. 23-34
- Dahl, Robert A.* 1999: Can International Organizations Be Democratic? A Skeptic's View, in: Shapiro, Ian/Hacker-Cordon, Casiano: Democracy's Edge, Cambridge, S. 19-37.
- Deitelhoff, Nicole* 2012: Leere Versprechungen? Deliberation und Opposition im Kontext transnationaler Legitimitätspolitik, in: Geis, Anna, et al.: Der Aufstieg der Legitimitätspolitik, Baden-Baden, S. 63-82.
- Deitelhoff, Nicole* (2006), Überzeugung in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt/M.

- Deitelhoff, Nicole* (2007), »Was vom Tage übrig blieb. Inseln der Überzeugung im vermachteten Alltagsgeschäft internationalen Regierens«, in: Herborth, Benjamin/Niesen, Peter (Hg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik, Frankfurt/M., S. 26-56.
- Deitelhoff, Nicole/Müller, Harald* (2005), »Theoretical Paradise – Empirically Lost? Arguing with Habermas«, in: Review of International Studies, 31: 1, S. 167-179.
- Donnelly, Jack* 2009: Rethinking political structures: from 'ordering principles' to 'vertical differentiation' – and beyond, in: International Theory 1: 1, 49-86.
- Dupuis-Déri, Francis* 2007: Global Protesters Versus Global Elites. Are Direct Action and Deliberative Politics Compatible?, in: New Political Science 29: 2, S. 167-186.
- Elstub, Stephen* 2010: The Third Generation of Deliberative Democracy, in: Political Studies Review 8: 3, S. 291-307.
- Fraser, Nancy* 1992: Rethinking the Public Sphere, in: Calhoun, Craig: Habermas and the Public Sphere, Cambridge, MA, S. 109-142.
- Fung, Archon* 2005: Deliberation Before the Revolution. Toward an Ethics of Deliberative Democracy in an Unjust World, in: Political Theory 33: 2, S. 397-419.
- Gaus, Daniel* 2009: Der Sinn von Demokratie. Die Diskurstheorie der Demokratie und die Debatte über die Legitimität der EU, Frankfurt am Main.
- Geis, Anna* 2005: Regieren mit Mediation, Wiesbaden.
- Grimm, Dieter* 1995: Braucht Europa eine Verfassung? München.*Gürsözlü, Fuat* 2009: Debate: Agonism and Deliberation – Recognizing the Difference, in: The Journal of Political Philosophy 17: 3, 356-368.
- Habermas, Jürgen* 1999: Braucht Europa eine Verfassung? Eine Bemerkung zu Dieter Grimm, in: Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen, Frankfurt am Main, S. 185-191.
- Habermas, Jürgen* 2004: Ist die Herausbildung einer europäischen Identität nötig, und ist sie möglich?, in: Habermas, Jürgen: Der gespaltene Westen, Frankfurt am Main, S. 68-84.
- Habermas, Jürgen* 2008: Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie, in: Habermas, Jürgen: Ach, Europa, Frankfurt am Main, S. 138-191.
- Habermas, Jürgen* 2013: Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 58: 5, S. 59-70.
- Held, David/McGrew, Anthony* 2002: Introduction, in: dies. (Hrsg.): Governing Globalization: Power, Authority and Global Governance, Cambridge, MA, 1-25.
- Held, David* 1995: Democracy and the Global Order: From the Modern State to Cosmopolitan Governance. Polity Press and Stanford University Press.
- Humphrey, Mathew/Stears, Marc* 2006: Animal rights protest and the challenge to deliberative democracy, in: Economy and Society 35: 3, 400-422.
- Hurrell, Andrew* (2007), On Global Order. Power, Values, and the Constitution of International Society, Oxford.
- Hurrelmann, Achim* 2007: European Democracy, the 'Permissive Consensus' and the Collapse of the EU Constitution, in: European Law Journal 13: 3, S. 343-359.
- Joachims, Jutta M.* (2001), »NGOs, die Vereinten Nationen und Gewalt gegen Frauen«, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 8: 2, S. 209-242.
- Joerges, Christian/Neyer, Jürgen* (1998), »Von intergouvernementalem Verhandeln zur deliberativen Politik. Gründe und Chancen für eine Konstitutionalisierung der europäischen Komitologie«, in: Kohler-Koch, Beate (Hg.), Regieren in entgrenzten Räumen, Opladen, S. 207-234.
- Jörke, Dirk* 2006: Wie demokratisch sind radikale Demokratietheorien?, in: Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas: Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld, S. 253-267.

- Keck, Margret/Sikkink, Kathryn (1998), *Activists Beyond Borders. Transnational Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca, NY.
- Kettner, Matthias/Schneider, Maria Luise (2000), »Öffentlichkeit und entgrenzter politischer Handlungsraum: Der Traum von der »Weltöffentlichkeit« und die Lehren des europäischen Publizitätsproblems«, in: Brunkhorst, Hauke/Kettner, Matthias (Hg.), *Globalisierung und Demokratie*, Frankfurt/M., S. 369-411.
- Kielmansegg, Peter Graf 2003: *Integration und Demokratie*, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate: *Europäische Integration*, 2. erw. Aufl., Opladen, S. 49-85.
- Kornprobst, Markus/Bjola, Corneliu (2011) (Hg.), *Arguing Global Governance*, Abingdon, New York.
- Klotz, Audi (1995), »Norms Reconstituting Interests. Global Racial Equality and U. S. Sanctions Against South Africa«, in: *International Organization*, 49: 3, S. 451-478.
- Lynch, Marc (2002), »Why Engage? China and the Logic of Communicative Engagement«, in: *European Journal of International Relations*, 8: 2, S. 187-230.
- Mansbridge, Jane (1996), »Using Power/Fighting Power: The Polity«, in: Benhabib, Seyla (Hg.), *Democracy and Difference*, Princeton, S. 47-66.
- Mansbridge, Jane /Bohman, James/Chambers, Simone/Christiano, Thomas/Fung, Archon/Parkinson, John/Thompson, Dennis F./Warren, Mark E. 2012: *A Systemic Approach to Deliberative Democracy*, in: Mansbridge, Jane/Parkinson, John: *Deliberative Systems: Deliberative Democracy at the Large Scale*, Cambridge, S. 1-26.
- Markell, Patchen 1997: *Contesting Consensus: Rereading Habermas on the Public Sphere*, in: *Constellations* 3: 3, S. 378-402.
- Mouffe, Chantal 2005: *On the Political*, London.
- Mouffe, Chantal 2007: *Deliberative Democracy or Agnostic Pluralism*, in: Saward, Michael: *Democracy*, London, S. 365-374.
- Müller, Harald (1994), »Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln«, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 1: 1, S. 15-44.
- Müller, Harald (2004), »Arguing, Bargaining and all that. Communicative Action, Rationalist Theory and the Logic of Appropriateness in International Relations«, in: *European Journal of International Relations*, 10: 3, S. 395-435.
- Müller, Harald (2007), »Internationale Verhandlungen, Argumente und Verständigungshandeln. Verteidigung, Befunde, Warnung«, in: Herborh, Benjamin/Niesen, Peter (Hg.), *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*, Frankfurt/M., S. 199-223.
- Müller, Harald 2008: *Parlamentarisierung der Weltpolitik - ein skeptischer Warnruf*, in: Kreide, Regina/Niederberger, Andreas: *Transnationale Verrechtlichung. Nationale Demokratien im Kontext globaler Politik*, Frankfurt am Main, S. 137-159.
- Nanz, Patrizia/Steffek, Jens (2004), »Global Governance, Participation and the Public Sphere«, in: *Government and Opposition*, 39: 2, S. 314-335.
- Nanz, Patrizia/Steffek, Jens (2005), »Assessing the Democratic Quality of Deliberation in International Governance: Criteria and Research Strategies«, in: *Acta Politica*, 40: 3, S. 368-383.
- Nanz, Patrizia/Steffek, Jens (2007), »Zivilgesellschaftliche Partizipation und die Demokratisierung internationalen Regierens«, in: Herborh, Benjamin/Niesen, Peter (Hg.), *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*, Frankfurt/M., S. 87-110.
- Niesen, Peter 2008: *Deliberation ohne Demokratie? Zur Konstruktion von Legitimität jenseits des Nationalstaats*, in: Kreide, Regina/Niederberger, Andreas: *Transnationale Verrechtlichung. Nationale Demokratien im Kontext globaler Politik*, Frankfurt am Main, S. 240-259.

- O'Brien, Robert/Goetz, Anne Marie/Scholte, Jan Aart/Williams, Marc ((Hg.) 2000), *Contesting Global Governance. Multilateral Economic Institutions and Global Social Movements*, Cambridge, MA.
- Price, Richard (1998), »Reversing the Gun Sights. Transnational Civil Society Targets Land Mines«, in: *International Organization*, 52: 3, S. 613-644.
- Risse, Thomas (2000), »Let's Argue!« - Communicative Action in World Politics«, in: *International Organization*, 51: 1, S. 1-41.
- Risse, Thomas (2007), »Global Governance und kommunikatives Handeln«, in: Herborh, Benjamin/Niesen, Peter (Hg.), *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*, Frankfurt/M., S. 57-86.
- Rostboll, Christian F. 2009: Dissent, criticism and transformative political action in deliberative democracy, in: *Critical Review of International and Political Philosophy* 12: 1, 19-36
- Sanders, Lynn 1997: Against Deliberation, in: *Political Theory* 25: 3, S. 347-376.
- Schaap, Andrew 2007: Political Theory and the Agony of Politics, in: *Political Studies Review* 5: 1, S. 56-72.
- Schake, Arjan/Hoogbe, Lisbeth/Marks, Gary 2013: Multilevel Governance and the State, in: Leibfried, Stephan/Huber, Evelyn/Stephens, John (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Transformations of the State*, OUP, i.E.
- Scharpf, Fritz W. (1999), *Governing in Europe. Effective and Democratic?*, Oxford.
- Schmalz-Bruns, Rainer 1999: Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaates, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 6: 2, S. 185-244.
- Schimmelfennig, Frank (1997), »Rhetorisches Handeln in der Internationalen Politik«, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 4: 2, S. 219-254.
- Sikkink, Kathryn (2002), »Restructuring World Politics: The Limits and Asymmetries of Soft Power«, in: Khagram, Sanjeev/Riker, James V./Sikkink, Kathryn (Hg.), *Restructuring World Politics. Transnational Social Movements, Networks, and Norms*, Minneapolis, S. 301-318.
- Sparks, Holloway 1997: Dissident Citizenship: Democratic Theory, Political Courage, and Activist Women, in: *Hypatia* 12: 4, S. 64-110.
- Streeck, Wolfgang 2013: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin.
- Sunstein, Cass R. 2002: The Law of Group Polarization, in: *Journal of Political Philosophy* 10: 2, S. 175-195.
- Sunstein, Cass R. 2003: *Why Societies need Dissent*, Harvard University Press.
- Wolf, Klaus Dieter 2000: *Die Neue Staatsräson – Zwischenstaatliche Kooperation als Demokratieproblem in der Weltgesellschaft*, Baden-Baden.
- Thiel, Thorsten 2008: Braucht Europa eine Verfassung? Einige Anmerkungen zur Grimm-Habermas-Debatte, in: Biegi, Mandana, et al.: *Demokratie, Recht und Legitimität im 21. Jahrhundert*, Wiesbaden, S. 163-179.
- Thiel, Thorsten 2012: Republikanismus und die Europäische Union - Eine Neubestimmung des Diskurses um die Legitimität europäischen Regierens, Baden-Baden.
- Tully, James 2001: *Democracy and Globalization: A defensible sketch*, in: *Canadian Political Philosophy*, Toronto.
- Ulbert, Cornelia/Risse, Thomas (2005), »Deliberatively Changing the Discourse: what does make Arguing effective«, in: *Acta Politica*, 40: 3, S. 351-367.
- Ulbert, Cornelia/Risse, Thomas/Müller, Harald (2004), *Arguing and Bargaining in Multilateral Negotiations, Final Report to the Volkswagen Foundation*, Freie Universität Berlin/Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/M., (unv. Ms.).
- Ulbert, Cornelia/Wisotzki, Simone (2001), (Pre-)structuring Argumentative Processes: The Impact of Institutional Settings on Banning Worst Forms of Child Labour and Landmines, Papier zur 4. Pan European International Relations Conference der ECPR, University of Kent, Canterbury, 8.-10.09.2001, (unv. Ms.).

- Urbinati, Nadia (2010), »Unpolitical Democracy«, in: Political Theory, 38: 1, S. 65-92.
- White, Stephen K./Farr, Evan Robert 2012: "No-Saying" in Habermas, in: Political Theory 40: 1, S. 32-57.
- Young, Iris Marion (1996), »Communication and the Other: Beyond Deliberative Democracy«, in: Benhabib, Seyla (Hg.), Democracy and Difference, Princeton, S. 121-135.
- Young, Iris Marion 2001: Activist Challenges to Deliberative Democracy, in: Political Theory 29: 5, S. 670-690.
- Zürn, Michael (1998), Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance, Frankfurt/M.
- Zürn, Michael 2000: Democratic Governance Beyond the Nation-State: The EU and other International Institutions, in: European Journal of International Relations 6: 2, 183-221.
- Zürn, Michael 2012: Autorität und Legitimität in der postnationalen Konstellation, in: Geis, Anna/Nullmeier, Frank/Daase, Christopher (Hrsg.): Der Aufstieg der Legitimitätspolitik (Sonderheft des Leviathan), Baden-Baden, 41-62.
- Zürn, Michael/Binder, Martin/Ecker-Ehrhardt, Matthias 2012: International Authority and Its Politicization, in: International Theory 4: 1, 69-106.
- Zürn, Michael/Binder, Martin/Ecker-Ehrhardt, Matthias/Radtke, Katrin 2007: Politische Ordnungsbildung wieder Willen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 14: 1, S. 129-164.